

Bericht sagt nichts über die Zukunft der Giftmülldeponien

Ministerrum will Erweiterungsverfahren nicht beeinflussen / Im Untersuchungsausschuß des Landtages wird Kritik laut

Eigener Bericht

ut. Hannover

Der Bericht des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums über die Situation der Sonderabfallbeseitigung in Niedersachsen hat unter Mitgliedern der Oppositionsfractionen Empörung und Verärgerung ausgelöst. Abgeordnete der SPD und der Grünen kritisierten den über 160 Seiten starken Bericht als „Materialsammlung“, die allen wichtigen und aktuell interessierenden Problemstellungen aus dem Wege gehe. Das Ministerium schildere erneut die angeblich heile Welt der Giftmüllbeseitigung, obwohl es genau wisse, daß bisher die Überwachung der Deponien durch die Behörden nicht lückenlos funktioniert habe.

Der SPD-Abgeordnete Uwe Bartels erklärte nach der jüngsten Sitzung des im Juni 1983 eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Giftmüllbeseitigung in Niedersachsen, seine Fraktion werde das Landwirtschaftsministerium nicht aus seiner Auskunftspflicht entlassen. Es sei unerträglich, daß das Ministerium mit keinem Wort auf die aktuelle wissenschaftliche Diskussion über die Sicherheit der Sondermülldeponien Munchehagen (Kreis Nienburg) und Hoheneggelsen (Kreis Hildesheim) eingegangen sei. Dadurch würde der Untersuchungsauftrag der Kommission praktisch entwertet.

Bartels bezog sich dabei auf die Aussage des Landwirtschaftsministeriums, weder die gutachterlichen Stellungnahmen noch die Einwände von Anliegern, Behörden und

Bürgerinitiativen zu den beiden Anlagen vorzustellen. Als Begründung erklärte das Ministerium, für beide Deponien liefen gegenwärtig Anträge auf Erweiterung. Um die Unabhängigkeit der Bezirksregierung Hannover zu wahren, die über beide Anträge im Rahmen von Planfeststellungsverfahren zu entscheiden hat, werde dieser Themenbereich im Bericht nicht behandelt.

Verärgerung löste unter den Abgeordneten auch die Tatsache aus, daß das Landwirtschaftsministerium die Zusammenarbeit der mit der Überwachung der Giftmülldeponien beauftragten Behörden als gut gekennzeichnet habe. Es passe nicht zusammen, wenn man einerseits die Kooperation lobe, andererseits jedoch genau wisse, daß sich einige Behörden überfordert fühlen. Damit spielten die Kritiker des Berichts

auf die Eingaben der Landkreise Nienburg und Hildesheim an den Landtag an, die darum bitten, von ihrer Kontrollfunktion über die Deponien Munchehagen beziehungsweise Hoheneggelsen wieder entbunden zu werden. Die Kreisverwaltungen halten sich wegen mangelnder fachlicher Kompetenz nicht für geeignet und kamen zu der Einschätzung, daß auch die Zusammenarbeit mit anderen Fachbehörden (Wasserwirtschafts- und Untersuchungsämter) diese Lücken nicht schließen könnten.

Das Landwirtschaftsministerium habe sich darüber hinaus jeder Kritik am gegenwärtig praktizierten Begleitscheinsystem enthalten. Es sei jedoch bekannt, daß die Scheine, auf denen Menge, Abfallart und Herkunft des Mülls bezeichnet werden, nur dann einen Sinn hätten, wenn sie auch ausgewertet und einer sogenannten „Plausibilitätskontrolle“ unterzogen würden. Dies sei in der Vergangenheit jedoch nur äußerst unvollkommen geschehen, zumal das dafür geschaffene Datenverarbeitungssystem bei der Bezirksregierung Hannover erst seit dem Frühjahr einigermaßen zuverlässig arbeite.

Unzufrieden äußerten sich Vertreter der

Oppositionsfractionen im Untersuchungsausschuß auch mit den Aussagen des Ministeriums zum Problem der Altdeponien und Lager für Chemiemüll auf dem Gelände von Industriebetrieben. Hier fehle das Material über die Art und Menge der in den rund 3100 Altdeponien gelagerten Stoffe. Das Gefährdungsrisiko, das von diesen sogenannten „Altlasten“ ausgehe, könne auf dieser Grundlage nicht realistisch eingeschätzt werden.

Anstoß nahmen Grüne und SPD auch an der engen Zusammenarbeit des Landes mit der „Sondermüllgesellschaft Niedersachsen“ (SGN), zu der sich mehrere große Industrieunternehmen zusammengeschlossen haben. Kritik wurde besonders daran geübt, daß die SGN für das Land gutachterlich tätig wird und auf diesem Weg darüber mitentscheidet, ob die Anlagen ihrer Mitgliedern als geeignete Sondermülldeponien bewertet werden. Eine größere Interessenkollision sei nicht vorstellbar, meinte der SPD-Abgeordnete Bartels.

Winfried Hartmann (CDU), der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, warnte vor einer voreiligen Beurteilung des Berichts: „Ich habe ihn mit Interesse gelesen und viel gelernt.“